



JEDEN TAG DAS GLEICHE BILD: Auf der Ortsdurchfahrt Bretten, der Wilhelmstraße, bilden sich nicht nur im Berufsverkehr lange Staus. Abhilfe könnte hier die B-294-Ortsumgehung Bretten schaffen, für deren Realisierung sich jetzt erneut Gemeinderat und Stadtverwaltung einsetzen. BNN-Archiv/Foto: Rebel

Wunsch nach Gesamtkonzept fällt durch

Künftige B-294-Ortsumgehung: Mehrheit des Gemeinderats für Empfehlungsbeschluss der Stadt

Von unserem Redaktionsmitglied
Thilo Kampf

Bretten. Der Brettener Gemeinderat hat die Stadtverwaltung beauftragt, eine Empfehlung an das Verkehrsministerium zu richten, um die B-294-Ortsumgehung im Bundesverkehrswegeplan 2013 weiter vorne zu priorisieren. Diese Trasse würde „eine nicht unbeachtliche Entlastungswirkung für die vom Verkehr überlastete Kernstadt“ bringen, heißt es in dem Schreiben. Der Rat hätte allerdings gerne eine Variantenuntersuchung, die nicht nur die derzeit angelegte Südwesttangente umfasst.

Diesem Antrag der Verwaltung folgten schließlich 21 Stadträte; die dreiköpfige Grünen-Fraktion stimmte dagegen. Das Prozedere dauerte deutlich länger als sonst, da die CDU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hatte. Für CDU-Fraktionssprecher Günter Gauß war es nach eigenem Bekunden „unver-

ständlich, wie man dagegen sein kann“, denn es gehe ja hierbei nur um eine Empfehlung, dass man überhaupt eine Umgehungsstraße wolle.

Das Votum war auch eine Niederlage für die in der Sitzung zahlreich vertretene Bürgerinitiative Verkehrsentslastung Bretten, deren Sprecherin Kathrin Breuer in der Fragestunde vor Eintritt in die Tagesordnung darauf verwiesen hatte, dass die Ortsumgehung laut Aussagen der Verwaltung gerade mal 1,2 bis 1,9 Prozent des Schwerlastverkehrs aus der Stadt halten würde. „Für uns geht dieser Beschlussantrag an einer sinnvollen Lösung der Verkehrssituation vorbei“, sagte Breuer, denn der Schwerpunkt der Verkehrsproblematik sei und bleibe mit 90 Prozent der Binnen-, Ziel- und Quell-

Dem schloss sich die Grünen-Fraktion an, die den Antrag stellte, „ein umfassendes Konzept zur Entlastung von Autoverkehr zu erarbeiten“. Darin seien auch Handlungsansätze vorzulegen. Bei der Bürgerinfoveranstaltung der Stadt habe es „eine klare Aussage gegeben,

dass Bretten hauptsächlich unter Ziel- und Quellverkehr leide“, so deren Sprecher Otto Mansdörfer. Und es sei gesagt

worden, dass eine Südwestumgehung „nur eine geringe Entlastung bringe und das Naherholungsgebiet Rechberg zerstören würde“. Jetzt schwenke die Verwaltung komplett um, kritisierte der Fraktionschef.

Oberbürgermeister Martin Wolff zeigte grundsätzlich Verständnis für den Antrag nach einem Gesamtverkehrskonzept („Das halte ich für notwendig, auch

mit Radverkehrswegekonzept“), doch der könne nur eine Ergänzung zu dem Beschlussantrag der Verwaltung sein. „Es wäre fatal“, so Wolff, „sich von einer Umgehungsstraßen-Möglichkeit zu verabschieden“, auch wenn deren Realisierung noch in weiter Ferne liege. Wenn man nämlich keine neuen Straße habe, werde Verkehr nur verlagert.

Nach teils emotional geführter Diskussion wurde der Grünen-Antrag, ein Gesamtkonzept zu erstellen, mit 13 gegen elf Stimmen abgelehnt. „Wenn man den Antrag der Grünen sieht“, so FWV-Sprecherin Heidi Leins, „hat man den Eindruck, die Stadt sei 20 Jahre lang eine Schlafstadt gewesen“.

SPD-Fraktionschefin Renate Knauss machte für das Problem auf der Wilhelmstraße in erster Linie die Ampel-Umstellung verantwortlich. Die werde, versicherte OB Wolff, in den nächsten Tagen von der Aral-Tankstelle bis zum Gottesackerort deutlich verbessert.

